

Gemeinsame Pressemitteilung

16. Dezember 2021

Bau stützt Konjunktur: Mehr Umsatz, mehr Beschäftigte für 2022

Die beiden Spitzenverbände der Bauwirtschaft ziehen Bilanz und blicken nach vorn

Wie war das Jahr auf dem Bau – wie wird das kommende? Einen kurzen Blick zurück, einen optimistischen Blick nach vorn richteten die Präsidenten der beiden größten Bauverbände, der Zentralverband des deutschen Baugewerbes (ZDB) sowie der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB).

Anlass war die gemeinsame Pressekonferenz zum Jahresabschluss, die digital stattfand.

Die Quintessenz: Die Bauwirtschaft rechnet für den Umsatz im Bauhauptgewerbe

- mit 143,5 Milliarden Euro in 2021 nach 143 Milliarden Euro in 2020 (nominal +0,5 Prozent)
- Die hohen Auftragsbestände lassen Raum für eine Umsatzsteigerung auf 151 Milliarden Euro in 2022, was einer Steigerung um nominal 5,5 Prozent entspricht
- Bei einer veranschlagten Preisentwicklung für Bauleistungen von jahresdurchschnittlich 4 Prozent, bedeutet das einen realen Zuwachs von 1,5 Prozent
- Bei den Beschäftigten erwartet die Branche einen weiteren Aufbau um 10.000 auf 915.000 Beschäftigte

Reinhard Quast, Präsident des ZDB: „Der **Wohnungsbau** bleibt auch in den ‚Corona-Jahren‘ Stützpfeiler der Baukonjunktur. Ende September 2021 lagen die Auftragsbestände bei fast 13 Milliarden Euro, eine Steigerung zum Vorjahreswert um fast 20 Prozent. Die Nachfrage nach Wohnraum lässt nicht nach. Bis September wurden gut 282.000 Wohnungen genehmigt, etwa fünf Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.“

Insgesamt gehen die Verbände davon aus, dass der Umsatz im **Wohnungsbau** in 2021 etwa 55,4 Milliarden Euro erreichen wird, eine Steigerung gegenüber 2020 um nominal zwei Prozent. Für 2022 rechnen sie mit einem weiteren Wachstum auf 59,3 Milliarden Euro, eine Steigerung um nominal sieben Prozent. „Wir halten die Zielvorgabe für ambitioniert, bedeutet sie doch eine schlagartige Erhöhung der jährlichen Baufertigstellungen um etwa 30 Prozent,“ so Quast.

Der Präsident des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie, Peter Hübner, erklärt dazu: „Es muss daher klar sein, dass neben zusätzlichen, personellen Kapazitäten auch neue, etablierte Konzepte und Methoden, wie das serielle und modulare Bauen, notwendig sein werden.“ Hübner sieht darüber hinaus Handlungsbedarf im Hinblick auf den Wegfall der KfW-55 Förderung, denn die in Planung befindlichen Projekte hätten mit dieser Förderung gerechnet. Auch der von der Politik angestrebte KfW-40 Standard könne noch nicht der Normalfall im Mietwohnungsbau werden.

Die Nachfrage im **Wirtschaftsbau** war 2021 ausgesprochen volatil und bleibt mit Blick auf die Frühindikatoren Baugenehmigungen und Auftragseingänge ambivalent. „Wir haben zwar von Januar bis September einen starken Zugang an Ordnern (+13 Prozent) vor allen Dingen im Hochbau gesehen (+18 Prozent), aber die Baugenehmigungen zeigen je nach Gebäudetyp ein sehr differenziertes und von Corona gezeichnetes Bild“, so das Fazit der Spitzenverbände.

Erwartungsgemäß lag das **Genehmigungsvolumen** (bemessen nach Baukosten) bei Handelsgebäuden um 14 Prozent unter dem Vorjahresniveau, wogegen der gestiegene Online-Handel die Nachfrage nach **Lagerflächen** stützt, so dass das Genehmigungsvolumen des Vorjahres hier erreicht wird.

Die Investitionsbereitschaft aus der Industrie in neue **Fabrik- und Werkstattgebäude** erreicht per September nicht das schwach ausgeprägte Vorjahresniveau. Auch der **Hotel- und Gastronomiebereich** zeigt wegen der Corona-Einschränkung weniger Investitionsneigung (-8 Prozent).

„Daher rechnen wir für 2021 im **Wirtschaftsbau** mit einem Umsatz von 50,3 Milliarden Euro (+1 Prozent nominal). Für 2022 erwarten wir im Wirtschaftsbau einen Umsatz von 53,3 Milliarden Euro (+6 Prozent nominal),“ erklärte der ZDB-Präsident.

Peter Hübner (HDB) ergänzt: „Wir brauchen eine starke Schiene. Wir unterstützen die im Koalitionsvertrag vorgesehene Bevorzugung der Schiene und gehen davon aus, dass die neue Bundesregierung die bisherigen Planungen zu den steigenden Investitionen bei der Bahn beibehalten wird. Steigende Investitionen bei der Bahn stützen den **Wirtschaftstiefbau**.“

Hübner appellierte jedoch an die Koalition, den Straßenbau über den Ausbau der Bahn nicht zu vernachlässigen. „Auch E-Autos benötigen Straßen, und sie brauchen vor allem eine vernünftige Ladeinfrastruktur.“

Steigende Ausgaben für Personal und soziale Aufwendungen haben die **Investitionen in Baumaßnahmen der Kommunen** eingeschränkt. Der Investitionsstau hat sich bei 150 Milliarden Euro verfestigt. Auch für 2022 gehen die kommunalen Spitzenverbände von einem Rückgang der kommunalen Bauinvestitionen von um fast neun Prozent aus.

Darüber hinaus stellte Hübner fest, dass die Bauwirtschaft sich zu den **Klimaschutzziele im Gebäudebereich** bekenne. „Wir sind nicht Teil des Problems, wir sind Teil der Lösung.“ Er forderte einen echten „Sanierungsbooster“ und nannte Smart Home, serielle Sanierungen, integrierte Sanierungsfahrpläne und Einzelmaßnahmen aber auch eine Lebenszyklusbetrachtung sowie weitere Digitalisierungsschritte als mögliche Lösungsbausteine.

„Die Bauwirtschaft ist vielfältig, innovativ und schafft Generationen überdauernde Projekte. Diese Faszination des Bauens zu vermitteln, ist eine gemeinsame große Zukunftsaufgabe, um im Kampf um Fachkräfte bestehen zu können,“ sind sich die Präsidenten Hübner und Quast einig.